

- Reitzle, M. (1999): Anhaltende Kluft oder Annäherung zwischen Ost und West? Ausgewählte demoskopische Befunde. In: Silbereisen, R.K./Zinnecker, J. (Hg.): Entwicklung im sozialen Wandel. Weinheim: 63-79
- Steiner, I. (1998): Spielraum im Plan – die Schulen der Stadt Brandenburg 1982-1983. Jugendforschung aktuell, Bd. 4, Baltmannsweiler
- Watts, M. (1997): Xenophobia in United Germany. Generations, Modernisation, and Ideology. New York
- Wiesner, M./Pinquart, M. (1999): Sozialer Wandel aus der Sicht ost- und westdeutscher Erwachsener: Folgen für generalisierte Selbstwirksamkeitserwartungen und Zukunftsoptimismus. In: Silbereisen, R.K./Zinnecker, J. (Hg.): Entwicklung im sozialen Wandel. Weinheim: 81-100
- Zeher, H./Zeher, H. (1994): Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern. Weinheim

Peter Förster

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation

Ergebnisse einer wendeüberschreitenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen

1.

Die Frage nach Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation auf das heutige Denken und Verhalten der – mehr oder weniger – in der Bundesrepublik „angekommenen“ DDR-Bürger gehört zu den interessantesten und zugleich brisantesten Problemstellungen der Transformationsforschung. Nicht zufällig gehen die Ansichten hierzu weit auseinander, sind gesicherte empirische Fakten äußerst rar, Vermutungen und reine Spekulationen dagegen weit verbreitet. So ist es vor allem im Zusammenhang mit der Suche nach den Ursachen rechtsextremen Denkens und Verhaltens junger Ostdeutscher in Mode gekommen, diese Erscheinungen a priori als „hausgemacht“, zum „Erbe“ der DDR, der in ihrer erfahrenen Sozialisation zu erklären – und damit in der Regel die „Analyse“ abubrechen. Nur selten macht man sich die Mühe, auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen danach zu befragen, ob und inwieweit sie zur Aufklärung dieser äußerst komplexen Erscheinung heranzuziehen sind. In einzelnen Fällen ist das aus vordergründigen ideologischen Motiven wohl auch gar nicht beabsichtigt.

Bei den folgenden Ausführungen stützen wir uns auf Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“. Sie gehört zwar nicht zu den großen, deutschlandweiten Jugendstudien wie z.B. die jüngste Shellstudie „Jugend 2000“, sagt aber dennoch viel über Jugendentwicklung in Deutschland Ost im Allgemeinen und zur Thematik Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation im Besonderen aus, und zwar infolge von zwei Besonderheiten ihrer Anlage:

Die erste Besonderheit: Es handelt sich um eine *Längsschnittstudie*. Die Teilnehmer wurden zu den interessierenden Themen nicht nur einmal befragt, sondern mehrmals. Auf diese Weise konnten bei den einbezogenen Jugendlichen über Momentaufnahmen hinaus bemerkenswerte Veränderungsprozesse ihrer *Mentalität und Lebenslagen* über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentiert werden. Schon das hat heute leider Seltenheitswert.

Die zweite Besonderheit macht zugleich die Einzigartigkeit der Untersuchung aus: Die ersten Befragungen wurden bereits vor der Wende, in den Jahren 1987 bis 1989 durchgeführt. Im Frühjahr 1989 waren die beteiligten Jugendlichen 16/17 Jahre alt, standen kurz vor dem Verlassen der 10. Klasse. Nach der Wende, ab 1990, konnten die Befragungen dann mit einem hinreichend großen Teil der Jugendlichen fortgesetzt werden, vorläufig bis Som-

mer 2000 in bisher 11 Untersuchungswellen. Insgesamt fanden seit 1987 14 Untersuchungswellen statt. Damit ist diese Untersuchung die einzige in Ostdeutschland, die personenbezogen auf Daten zu politischen Orientierungen vor dem Systemwechsel zurückgreifen und somit die Auswirkungen des „Sozialen Experiments“ deutsche Einheit auf den politischen Mentalitätswandel dieser Jugendlichen untersuchen kann.

Diese Besonderheiten prädestinieren unsere Studie auch für eine empirisch fundierte Analyse von Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. Längsschnittstudien sind bekanntlich nicht nur geeignet, Entwicklungs-/Veränderungsprozesse abzubilden, sondern auch mit hinreichender Genauigkeit festzustellen, auf welche Einflussfaktoren bestimmte Entwicklungen/Veränderungen ursächlich zurückzuführen sind – natürlich nur insoweit, als diese in der Studie erfasst wurden. So kann z.B. geprüft werden, ob der Schluss von der abhängigen Variable A („Wirkung“, z.B. heutige Ausländerfeindlichkeit) auf die unabhängige Variable B („Ursache“, z.B. frühere System- oder Kollektivbindung) zulässig ist. Wir kommen darauf zurück.

Die folgende Übersicht informiert zunächst über einige Merkmale der Studie und der Population, die für das Verständnis der darzustellenden Ergebnisse wesentlich sind:

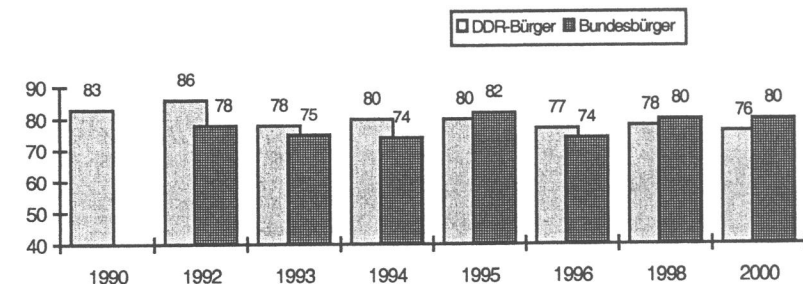
- Start 1987 bei rund 1200 14-Jährigen Schülern der 8. Klasse der POS: In die Untersuchung waren Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ für die jeweilige Klassenstufe. Die Schüler gehörten den Geburtsjahrgängen 1972/73 an. Sie hatten als letzter Jahrgang die zehnklassige polytechnische Oberschule voll durchlaufen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich 585 Panelmitglieder bereit, an weiteren Untersuchungen nach der Schulzeit teilzunehmen.
- Damalige hauptsächlichste Untersuchungsgegenstände: Langfristige Analyse des Prozesses der Entwicklung politischer Grundüberzeugungen, insbesondere der Bindung an die DDR und an das sozialistische Gesellschaftssystem. Weitere Schwerpunkte: Einstellung zum Kollektiv, gesellschaftliche Aktivität, Lerneinstellung, Zukunftszuversicht, Lebensziele, Rezeption westlicher Sender.
- Fortsetzung nach der Wende (ab Frühjahr 1990): In der Wendezeit verringerte sich die Population durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) auf ca. 485 Teilnehmer. Von ihnen beteiligte sich (nunmehr postalisch) ein großer Teil an bisher 11 Wellen nach der Wende mit steigender Tendenz. Die jüngste, 14. Welle fand zwischen Mitte Juni und Ende August 2000 statt; 398 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück (höchste Beteiligung seit der Wende), das sind 82% der potenziellen Teilnehmer.
- Forschungsgegenstände nach der Wende: Wissenschaftliche Begleitung des Weges dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der BRD, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger; Analyse von Nachwirkungen früherer Systembindungen und früherer Westsenderrezeption auf heutige politische Einstellungen.
- Angaben zur Population der 14. Welle im Sommer 2000: Durchschnittsalter: 27,2 Jahre Die meisten TeilnehmerInnen (67%) sind erwerbstätig, 6% studieren noch; 89% haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen; 28% sind verheiratet.

Die in diesem Beitrag getroffenen Aussagen gelten für die Altersgruppe der gegenwärtig (2001) etwa 28-Jährigen; wir vermuten aber ähnliche Ergebnisse zumindest bei den unmittelbar benachbarten Jahrgängen. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird nicht unterstellt. Eine ausführlichere Darstellung bisheriger Ergebnisse der Studie findet der Leser bei Förster (1999a, 1999b, 2001, 2002).

2.

Der bisherige Stand der Auswertung lässt die empirisch gut gesicherte Aussage zu, dass bei der untersuchten Altersgruppe tatsächlich Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation auf die heutigen politischen Einstellungen zu beobachten sind, und zwar in einem teilweise überraschend starkem Maße. Als Beleg dafür führen wir exemplarisch den Trend der Identifikation mit der untergegangenen DDR bzw. mit der Bundesrepublik an:

Abbildung 1: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2000 (in Prozent auf die Jahre bezogen)¹



Ablesbar ist, dass sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger selbst bei den verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern als ein sehr langwieriger Prozess erweist. Im Jahr 2000 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als Bürger der Bundesrepublik, zugleich fühlen sich je-

1 Die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich a) als Bürger der ehemaligen DDR, b) als Bundesbürger? 1 ja, vollkommen; 2 ja, etwas schon; 3 nein, eigentlich nicht; 4 nein, absolut nicht.“ In diese und weitere Trendanalysen wurden nur jene Panelmitglieder einbezogen, die an der letzten, 14. Welle 2000 teilgenommen haben. Damit ist sichergestellt, dass es sich dabei (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten identischer Personen handelt.

doch knapp ebenso viele noch als Bürger der DDR. Die beiden Prozentverteilungen unterscheiden sich statistisch nicht.

Die staatsbürgerliche Identifikation der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2000 nicht gravierend verstärkt. Und: Die Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2000 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur leicht rückläufig.

Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als DDR-Bürger andererseits zeigt – leicht vereinfacht (die vier Antwortpositionen wurden dichotomisiert) – in Jahr 2000 diese Relationen:

- 17 Prozent fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger
- 63 Prozent fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben
- 13 Prozent haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als Bürger der DDR
- 7 Prozent fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Diese Teilgruppen unterscheiden sich in allen relevanten politischen Einstellungen deutlich; wir können hier nicht näher darauf eingehen. Die Relationen zwischen ihnen haben sich seit 1992 nur leicht verändert. Für die meisten Panelmitglieder ist nach wie vor charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher meist angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik bei ihnen noch längere Zeit dauern wird.

3.

Die bisherige Analyse von Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation lässt Einflüsse auf zwei (zusammenhängenden) Ebenen erkennen: Auf der Ebene der *Alltagserfahrungen* der Panelmitglieder in der DDR (z.B. ihre mehrheitlich positiven Erfahrungen hinsichtlich der sozialen Sicherheit, der Beziehungen zwischen den Menschen, der Förderung der Familie, der Kinderbetreuung bzw. mehrheitlich negativen Erfahrungen in Bezug auf die persönlichen Freiheiten und die Möglichkeiten der Selbstentfaltung) sowie auf jener der damals erfahrenen *politischen Sozialisation*. Diese (vorläufige) Klassifizierung ergibt sich aus den spezifischen Untersuchungsgegenständen und gilt deshalb nur für die hier erwähnte Untersuchung.

Im Rahmen dieses Beitrages konzentrieren wir uns auf die erkennbaren Langzeitwirkungen der vor der Wende erfahrenen politischen Sozialisation. Belege für die Existenz von relevanten und nachweisbaren Langzeitwirkun-

gen auf dieser Ebene bietet unsere Untersuchung in mehrfacher Hinsicht. So ist erkennbar, dass bei den Teilnehmern offensichtlich ein Prozess der Aufwertung früherer politischer Kenntnisse eingesetzt hat, insbesondere von Kenntnissen über das kapitalistische Gesellschaftssystem. So stimmen im Jahr 2000 immerhin 73 Prozent aller Teilnehmer mehr oder weniger stark der Aussage zu: „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Nur 8 Prozent widersprechen der Aussage, 19 Prozent äußern sich ambivalent. Schon in den vorangegangenen Jahren wurde dieser Satz häufig so oder ähnlich formuliert von den Panelmitgliedern spontan in ihren zusätzlichen Angaben über ihre Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem notiert.

Eine Aufwertung früher vermittelter politischer Informationen zeigt sich 2000 über diese generalisierende Wertung hinaus auch bei wesentlichen konkreten Lerninhalten des damaligen Unterrichts im Fach Staatsbürgerkunde:

- Für 76 Prozent der Panelmitglieder stimmt 2000 die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken seien;
- 50 Prozent meinen, dass es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf geben würde;
- für 49 Prozent trifft heute die damalige Kennzeichnung der BRD als Gesellschaft zu, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten würden.

Diese und weitere Daten lassen erkennen, dass die damalige politische Wissensvermittlung nicht völlig wirkungslos geblieben ist. Wie Korrelationsanalysen belegen, steht diese Aufwertung in einem engen Zusammenhang mit den persönlichen Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Besonderes Gewicht hat dabei die stark prägende Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit, die inzwischen 58 Prozent der TeilnehmerInnen ein- oder mehrmals machen mussten und die in ihren politischen, materiellen und psychischen Auswirkungen wie ein Riss durch die gesamte Population geht.

4.

Die Anlage der Untersuchung macht es darüber hinaus auch möglich, dem Einfluss früherer politischer Bindungen an das sozialistische System und dessen Werte auf die heutigen politischen Einstellungen nachzugehen. Wie die Analysen in dieser Studie vor der Wende zeigen, sind diese Bindungen zwar in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen, ein „Nullpunkt“ war jedoch auch im Frühjahr 1989 nicht erreicht.

Unsere Studie belegt, dass solche früheren Bindungen in der jüngsten Zeit wieder aufleben, reaktiviert werden. Untersuchungsteilnehmer, die vor der Wende stark systemverbunden waren, urteilen jetzt fast durchweg signifikant kritischer über die gegenwärtige Gesellschaft als jene, bei denen das

weniger oder nicht zutraf. Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen in der allgemeinen Euphorie der Nachwendezeit zunächst verdrängt, „vergessen“ hatten. Sie wurden bzw. werden ihnen im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder negativer eigener Erfahrungen, aber auch einer kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum realen Verlauf des Vereinigungsprozesses wieder bewusst. Vermutlich hat auch ein gestiegenes Selbstbewusstsein dazu beigetragen. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten. Frühere Systembindungen – und damit letztlich die in der DDR erfasste politische Sozialisation – wirken offensichtlich nicht automatisch nach, sondern vor allem oder nur dann, wenn Erfahrungen vorliegen, die die damals verinnerlichteten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

Wir führen dazu ein typisches Beispiel an, bei dem es um den Zusammenhang zwischen der früheren Systembindung einerseits und der heutigen Einstellung zum jetzigen politischen System andererseits geht:

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und heutiger Einstellung zum politischen System

	Zufriedenheit mit dem heutigen politischen System 2000:			
	sehr		weniger	
	zufrieden	zufrieden	zufrieden	unzufrieden
Systembindung Frühjahr '89				
stark	1	22	55	22
mittel	1	25	49	25
schwach	1	34	51	14
($r = -.15$; $P = .003$; sign.)				
> nur stark:				
arbeitslos gewesen	0	12	55	33
nicht arbeitslos gewesen	3	34	54	9
($P = .000$; sign.)				

Bei dem Merkmal „frühere Systembindung“ stützen wir uns auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Welle im Frühjahr 1989 mittels geeigneter (methodisch geprüfter) Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden. Durch die Anlage der Studie können diese Daten personenbezogen mit aktuellen Daten in Beziehung gesetzt werden. Die Werte von P im oberen Tabellenteil beziehen sich auf die Korrelationskoeffizienten der Originalskalen.

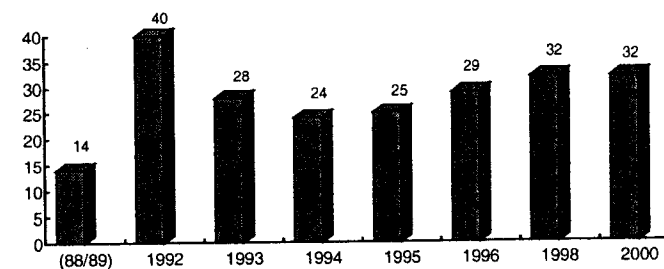
Die früher stark systemverbundenen Teilnehmer (und nur sie) unterscheiden sich hoch signifikant in Abhängigkeit davon, ob sie arbeitslos waren oder nicht. Erstere sind mit dem politischen System signifikant weniger zufrieden als Letztere (Antwortpositionen 1 und 2 zusammengefasst: 12 Prozent gegenüber 37 Prozent; sign.).

5.

Durch eine personenbezogene Kopplung früherer und aktueller Daten ist es im Rahmen unserer Langzeitstudie auch möglich, Hypothesen zu den Ursachen heutiger Ausländerfeindlichkeit zu prüfen. Darauf soll etwas ausführlicher eingegangen werden.

Zunächst stellen wir den zwischen 1992 und 2000 erhobenen Trend des Anteils ablehnender Einstellungen zu Ausländern dar:

Abbildung 2: Anteil der TeilnehmerInnen mit ablehnender Einstellung gegenüber Ausländern seit 1988/89 bzw. 1992 in Prozent (die Antwortpositionen „klar gegen Ausländer“ und „mehr gegen als für Ausländer“ wurden zusammengefasst; vollständiges Antwortmodell s. Tab. 2)



Im Jahr 2000 sind mehr Untersuchungsteilnehmer gegen als für Ausländer eingestellt: 32 Prozent gegenüber 25 Prozent. Weitere 43 Prozent stehen Ausländern neutral gegenüber. Der Trend zeigt, dass die Ablehnung nach der sehr starken Ausprägung 1992 deutlich zurückgegangen war, ab 1996 jedoch erneut leicht angestiegen ist.

Die Daten von 1988/89 bedürfen einer Erläuterung: Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten wir die Teilnehmer gebeten, sich daran zu erinnern, wie ihre Einstellung zu Ausländern vor der Wende war („1988/89, als Sie die 10. Klasse besuchten“). Diese Rückschau von 1992 auf die Zeit unmittelbar vor der Wende ist natürlich mit gewissen Verzerrungen behaftet. Sie lässt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf schließen, dass auch damals nach den eigenen Angaben der Panelmitglieder ein kleiner Teil von ihnen (14 Prozent) gegen Ausländer eingestellt war. Nach der Wende erhöhte sich dann der Anteil ablehnender Teilnehmer sehr deutlich.

Die folgende Tabelle beinhaltet eine Auswahl von im Jahr 2000 ermittelten Zusammenhängen zwischen der Einstellung zu Ausländern einerseits und in der Studie erfassten aktuellen Einflussfaktoren andererseits. Wir wählen bewusst diese differenzierte Darstellung, weil sie nachprüfbar ist, die Richtung des Zusammenhangs abgelesen werden kann und vor allem die Vielschichtigkeit der Bedingungen sichtbar macht. Alle aufgeführten Zusammenhänge sind statistisch hoch signifikant.

Tabelle 2: Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach ausgewählten relevanten Merkmalen (reduzierte Darstellung)

	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
Gesamt 2000	32	43	25
a) Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000			
Linksorientiert	11	31	58
weder-noch	31	52	17
Rechtsorientiert	84	16	0
b) persönlicher Zukunftsoptimismus 2000			
optimistisch	26	35	39
eher optimistisch	35	45	20
eher pessimistisch/pessimistisch	46	50	4
c) Berufliche Zukunftszuversicht 2000			
sehr stark	27	30	43
stark	30	46	24
mittel bis schwach	38	42	20
d) Zukunftszuversicht für Entwicklung in Ostdeutschland			
sehr stark	20	33	47
stark	33	39	28
mittel	30	47	23
schwach/sehr schwach	43	37	20
e) Zufriedenheit mit dem Einkommen			
zufrieden	25	37	38
eher zufrieden	31	43	26
eher unzufrieden	33	47	20
unzufrieden	43	38	19
f) Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens			
stark	40	46	14
eher stark	32	41	27
eher schwach/schwach	17	38	45
g) Erfahrung: Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse			
stimmt vollkommen/mit Einschränkung	36	45	19
stimmt teils-teils	32	40	28
stimmt kaum/nicht	22	40	38
Ich bin gefühlsmäßig:			
1 klar gegen Ausländer			
2 mehr gegen als für Ausländer			
3 weder gegen noch für Ausländer			
4 mehr für als gegen Ausländer			
5 klar für Ausländer			

Am stärksten von den in der Studie erfassten aktuellen (situativen) Faktoren beeinflusst die politisch-weltanschauliche Position (a), das Selbstverständnis als Linker oder Rechter das emotionale Verhältnis zu Ausländern. Die Zahlen sprechen für sich und müssen nicht erläutert werden.

Die Einstellung zu Ausländern hat sehr viel mit dem Vorzeichen der Zukunftszuversicht zu tun: Je pessimistischer, ungewisser die eigene Zukunft

gesehen wird, um so stärker ist die Ablehnung von Ausländern (b). Und: Mit abnehmender Zuversicht, seine beruflichen Pläne verwirklichen zu können (c), nimmt der Anteil derer zu, die gegen Ausländer eingestellt sind bzw. – noch deutlicher – der Anteil derer ab, die sich für Ausländer aussprechen. Dasselbe gilt für die Zukunftszuversicht in Bezug auf die weitere Entwicklung in Ostdeutschland (d), die in den Jahren nach der Wende in alarmierender Weise geradezu abgestürzt ist.

Auch materielle Faktoren spielen eine Rolle: Unzufriedenheit mit dem Einkommen (e), verbreitete Angst vor einer immer weiter fortschreitenden Verteuerung des Lebens (f) und massenhaft erfahrene Ungerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes (nicht dargestellt) wirken sich negativ auf die Einstellung zu Ausländern aus. Der Einfluss materieller Sorgen ist unübersehbar.

Nicht zuletzt: Das noch immer von sehr vielen Teilnehmern erlebte Gefühl einer zweitrangigen, ungerechten Behandlung als Deutsche zweiter Klasse (g) entlädt sich häufig in Ablehnung von Ausländern.

Im Kontext mit weiteren Ergebnissen der Studie ist festzustellen, dass die im Jahr 2000 bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder bestehende Ablehnung von Ausländern nachweislich in bedeutendem Maße durch die nach der Wende bei ihnen entstandenen Verunsicherungen, Ängsten und Enttäuschungen hervorgerufen wurde und noch wird. Dabei ist davon auszugehen, dass alle genannten Faktoren nicht isoliert voneinander stehen, sondern im Komplex wirken und einander verstärken.

Bisher war von aktuellen Einflussfaktoren die Rede. Wie unsere Studie ebenfalls erkennen lässt, sind dagegen keine negativen Nachwirkungen früherer politischer oder kollektivbezogener Einstellungen auf die heutige Haltung gegenüber Ausländern nachweisbar.

Die angeführten Verteilungen und Koeffizienten verweisen auf „Nullkorrelationen“. Das gilt für die generelle frühere „Systembindung“ (a) ebenso wie für die damalige politische Identifikation mit der DDR (b). Aber auch die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung hat bei den in unsere Studie einbezogenen jungen Ostdeutschen nicht jene negativen Auswirkungen, wie sie nicht selten unterstellt werden (vgl. z.B. Pfeiffer 1999: 60-66). Panelmitglieder, die in der 10. Klasse nach ihrer Zugehörigkeit zu zahlreichen Gruppen/Kollektiven (vom Kindergarten bis zur Pionier- bzw. FDJ-Gruppe in der Schule) sehr stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger eine Ablehnung von Ausländern als jene, für die das nicht in diesem Maße zutrifft (c). Für die Richtigkeit solcher Unterstellungen gibt es aus der Sicht dieser Studie keinerlei Anhaltspunkte, wir betrachten sie als reine Spekulationen.

Tabelle 3: Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach relevanten Merkmalen vor der Wende (reduzierte Darstellung)

	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
a) Systembindung Frühjahr 1989:			
stark	35	36	29
mittel	30	51	19
schwach	30	40	30
(P = .345; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			
b) Politische Identifikation mit der DDR Frühjahr 1989			
uneingeschränkt	27	44	29
eingeschränkt	36	40	24
mittel	35	37	28
kaum/überhaupt nicht	24	48	28
(P = .790; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			
c) Kollektivorientierung 1989:			
sehr stark	34	39	27
stark	30	41	29
mittel bis schwach	30	54	16
(P = .817; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			

Ich bin gefühlsmäßig:

- 1 klar gegen Ausländer
- 2 mehr gegen als für Ausländer
- 3 weder gegen noch für Ausländer
- 4 mehr für als gegen Ausländer
- 5 klar für Ausländer

(Bei den Merkmalen „Politische Identifikation mit der DDR“ und „Kollektivorientierung“ vor der Wende stützen wir uns wie beim bereits erwähnten Merkmal „Systembindung“ auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Etappe im Frühjahr 1989 mittels geeigneter Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden.)

Aufschlussreich ist eine weitergehende Analyse der oben ausgewiesenen sehr engen Beziehung zwischen der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum und der Einstellung zu Ausländern. So finden sich für die von Pfahl-Traughber (2000: 13) aufgestellte Behauptung eines Zusammenhanges zwischen früherem „Kollektivismus“ und heutigem Rechtsextremismus (als dessen Folge) in unserer Studie keine Belege. Neben „Autoritarismus“, „Antipluralismus“, „Freund-Feind-Denken“ bezeichnet er „Kollektivismus“ als DDR-Mentalität, die auch nach 1989 bestehen blieb und sich als extremistisches Strukturprinzip nun unter politisch „rechtem“ Vorzeichen weiter artikuliert. Diese (von ihm nicht belegte) These lässt sich in unserer Studie empirisch prüfen, gehörten doch Entwicklungsstand und Entwicklungsbedingungen der Orientierung der Panelmitglieder auf das Kollektiv (Kollektivbewusstsein/Kollektivität) zu den zentralen Forschungsgegenständen vor der Wende. Zwar besteht zwischen früherer Kollektivorientierung und heutiger politisch-weltanschaulicher Position tatsächlich ein signifikanter Zusammenhang, aber in umgekehrter Richtung als von Pfahl-Traughber unterstellt:

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen Kollektivorientierung vor der Wende und politisch-weltanschaulicher Position im Jahr 2000

Kollektivorientierung 1989	Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000		
	links (1+2)	weder-noch (3)	rechts (4+5)
sehr stark	33	56	11
stark	28	60	12
mittel bis schwach	19	54	27
(N = 361; P = .016 sign.)			

Die Links-Rechts-Einordnung wurde seit 1992 mit folgender bewährter Skala erfasst: „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein? 1 links 2 eher links 3 weder-noch 4 eher rechts 5 rechts 0 das weiß ich (noch) nicht.“ Bei Korrelationsrechnungen wurde die nur sehr schwach besetzte Position „0“ (2000: Prozent) eliminiert, die Berechnungen erfolgten auf der Basis der fünfstufigen Originalskala. Eine Indexbildung für die Ausprägung der Kollektivorientierung auf der Grundlage der Daten aller drei Wellen vor der Wende führte zu gut übereinstimmenden Ergebnissen.

Ablesbar ist: Je stärker die Kollektivorientierung (als Ergebnis damaliger Kollektiverziehung) vor der Wende war, desto seltener ist das Selbstverständnis als Rechter im Jahr 2000.

Den Behauptungen von Pfahl-Traughber u.a. zu angeblich negativen Nachwirkungen früherer Kollektiv-/Gruppenbindungen stehen viele weitere Ergebnisse unserer Studie entgegen, auf die wir hier nicht im einzelnen eingehen können. Exemplarisch belassen wir es bei dem relevanten Zusammenhang zwischen früherer Kollektivorientierung und heutiger Einstellung zur Gewalt:

Tabelle 5: Einstellung zur Gewalt im Jahr 2000, differenziert nach der Kollektivorientierung vor der Wende

„Manchmal muss man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“

Kollektivorientierung 1989	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	2	4	(6)	16	20	58
stark	2	5	(7)	13	26	54
mittel bis schwach	9	9	(18)	21	14	47
(N = 377; P = .017 sign.)						
Das entspricht meiner Meinung...						
	1 vollkommen					
	2 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht					

Diese Ergebnisse sprechen für sich: Je stärker die Kollektivorientierung vor der Wende war, desto seltener ist heute die Bejahung von Gewalt. Weitere Zusammenhänge zeigen: Je stärker die frühere Kollektivorientierung, desto seltener auch die heutige Zustimmung zu nationalistischen Positionen bzw. desto häufiger die Zustimmung zu politischer Toleranz und zu solidarischem Verhalten. Folgt man den erwähnten Behauptungen, so müsste ein entgegengesetzter Effekt zu erwarten sein. Zwischen damaliger Kollektivorientierung

und einem heute ohnehin nur von einer Minderheit der Panelmitglieder geäußerten autoritären Erziehungsbild besteht überhaupt kein Zusammenhang.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

Erstens: Für die Mitglieder unseres Panels kann festgestellt werden, dass die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den häufig ambivalenten oder negativen persönlichen Erfahrungen ausgehen, die sie in diesem System bisher gesammelt haben und noch sammeln. Die nachgewiesenen signifikanten Langzeitwirkungen früherer Systembindungen sind demgegenüber zwar schwächer, jedoch ebenfalls relevant, zumal sie in jüngster Zeit zuzunehmen scheinen.

Für die Diskussion über den Einfluss von früheren, unter DDR-Bedingungen entstandenen sozialisatorischen Prägungen auf die heutigen politischen Einstellungen bedeuten die hier dargestellten und weitere Ergebnisse u. a., dass stärker die bestehenden *Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf frühere sozialistische Prägungen* berücksichtigt werden sollten – auch bei jungen Menschen. Solche Erfahrungen können zu einem Wiederbewusstwerden und einer Verstärkung von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z.B. über das kapitalistische Gesellschaftssystem) führen, wodurch die verbreitete Distanz oder Skepsis gegenüber der heutigen Ordnung und ihren Werten noch erhöht wird. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland und der Prognosen ihrer weiteren Entwicklung in naher Zukunft erwarten wir für die Teilnehmer an unserer Untersuchung, dass dieser sozialisationstheoretisch wie politisch bemerkenswerte Prozess sich fortsetzen wird.

Zweitens: Auch die heutige Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern hat sich unseren Ergebnissen zufolge in erster Linie unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende entwickelt. Eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern war vor der Wende nur bei einer Minderheit von ihnen festzustellen, erst danach ist sie erheblich angestiegen. Häufig behauptete Ursachen wie die in der DDR praktizierte Gruppen- bzw. Kollektivverziehung können für unsere Untersuchungspopulation – empirisch belegt – ausgeschlossen werden. Solche spekulativen Erklärungsansätze lenken von den tatsächlichen Ursachen ab, von denen unserer Studie zufolge in erster Linie die nach der Wende, als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und Ängste, aber auch zunehmende politische Enttäuschungen zu nennen sind.

Literatur

- Förster, P. (1999a): Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998. Leipzig
- Förster, P. (1999b): Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 43-44/1999: 20-31
- Förster, P. (2001): „Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Deutschland Archiv. In: Zeitschrift für das vereinte Deutschland 2/2001: 197-218
- Förster, P. (2002): Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Opladen
- Pfahl-Traughber, A. (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 39/2000: 3-14
- Pfeiffer, C. (1999): Anleitung zum Hass. In: Der Spiegel Nr.12/1999: 60-66